

Jakob Tanner

Die Schweiz stolpert über ihre Vergangenheit. Der Zweite Weltkrieg in Geschichte und Erinnerung von der Bergier-Kommission bis zu den Stolpersteinen

I.

In seinem Buch «Das Zeitalter der Extreme», das vom «kurzen 20. Jahrhundert» handelt, bezeichnet der Historiker Eric Hobsbawm die Zeit vor 1945 als Katastrophenzeitalter. Dieses setzte mit dem Ersten Weltkrieg ein, der in den Vorstellungen der meisten Akteure als «kurzer Krieg» (so wie im 19. Jahrhundert üblich) geführt werden sollte, nach dem Motto «over by Christmas». Faktisch wurde dann über mehr vier Jahre hinweg ein brutaler Stellungs- und Abnützungskrieg mit millionenfachen Toten geführt, der schlussendlich gleich vier Reiche und Imperien – und mit ihnen jene Staaten, die hauptsächlich für den Kriegsausbruch verantwortlich waren – hinwegfegte. Der Krieg hinterliess erschöpfte Gesellschaften, der Friedensschluss missglückte gründlich, in Deutschland herrschten alsbald revanchistisch-rechtsextreme Tonlagen vor. Der Aufstieg des Nationalsozialismus stiess auf keinen entschlossenen Widerstand, die Kräfte, welche die Weimarer Demokratie verteidigten, blockierten sich in perspektivlosen Streitigkeiten selbst. Die nationalsozialistische Bewegung, die auf Antisemitismus, Arier-Mythos und rassistischer Verfolgungspolitik beruhte, wurde von massgeblichen staatstragenden Kräften toleriert oder gefördert. Schon vor 1933 hatten sich Angriffe gegen Jüdinnen und Juden gehäuft. Diese nahmen mit der Machteinsetzung Hitlers Ende Januar 1933 laufend zu, verschärfen sich weiter ab 1938. Nach Kriegsausbruch am 1. September 1939 besetzte das NS-Regime im Verlauf seiner Machtexpansion und auch noch während der Rückzugsphase insgesamt 26 Länder mit weit über 230 Millionen Menschen. Das Regime organisierte die militärischen Eroberungen als grossangelegte Verfolgungskampagnen und Raubzüge. Die Opfer deutscher Massenverbrechen übertrafen an Zahl und Grad der Gewaltausübung alles bisher Dagewesene. Durch direkte Kriegseinwirkungen kamen 60 bis 65 Millionen Menschen zu Tode. Zentrales Ziel des NS-Terrorregimes war die Vernichtung des europäischen Judentums, zunächst durch Massenerschiesungen an der Front und im Hinterland, anschliessend durch systematische Vergasung von Menschen in Vernichtungslagern mit insgesamt 6 Millionen Opfern. Auch über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene und eine ähnlich hohe Anzahl nichtjüdische Zivilisten, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter, Deportierte, fanden brutal den Tod.

Es ist wichtig, sich diese längst bekannten Tatsachen immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, um zu verstehen, dass die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust bzw. der Shoa stark in die Gegenwart hineinragt. Saul Friedländer, der grosse Historiker, der die Geschichte der Juden im «Dritten Reich» erforscht hat (und der auch ein Mitglied der Bergier-Kommission war und vor Kurzem den renommierten Balzan-Preis entgegennehmen konnte), hat darauf hingewiesen, dass wir heute sehr viel über den Holocaust als europäisches Ereignis mit globalen

Dimensionen wissen, dass aber auch nach einer intensiven wissenschaftlichen Aufarbeitung etwas zurückbleibt, was unverständlich bleibt, eine irritierende Leerstelle auf der Landkarte historischen Wissens, etwas, was zwar in der Erinnerung aufgehoben ist, jedoch seinen Weg nicht in wissenschaftlich verifizierbare Aussagen finden kann, weil es unfassbar bleibt. Er wolle, so Friedländer, immer wieder die «Unruhe der Erinnerung» in das objektive Gefüge der Geschichtswissenschaft fahren lassen.

Gerade dies hat ihn als Forscher motiviert, sich mit der Frage zu befassen, wie es passieren konnte, dass ein durch einen aggressiven, eliminatorischen Antisemitismus getriebenes Regime die millionenfache Ermordung von Jüdinnen und Juden umsetzen und dabei auf die Unterstützung von Staatsführungen, Wirtschaftsunternehmen und auch sogenannten «einfacher Leute» bauen konnte, die sich von diese Verfolgungs-, Beraubungs- und Mordaktionen etwas versprochen, sich daran beteiligten oder diese Verbrechen ganz einfach hinnahmen.

II.

Die Schweiz war während des Zweiten Weltkrieges neutral. Zumindest hat sie sich bei Kriegsausbruch als neutral erklärt. Allerdings war sie wirtschaftlich, kulturell und personell so stark mit Deutschland und anderen kriegsführenden Staaten verflochten, dass sie in das Kriegsgeschehen einbezogen wurde. Sie konnte auch rein rechtlich ihre Neutralität gar nicht durchhalten. So hat der Bund z.B. Lieferungen nach Deutschland, insbesondere die Waffenlieferungen aus dem Rüstungskonzern von Oerlikon-Bührle, mit über eine Milliarde Franken aus der Staatskasse finanziert (sog. «Clearingmilliarde»). Und mit ihrer Flüchtlingspolitik hat die Schweiz – wie die Bergier-Kommission in ihrem Schlussbericht 2002 festhielt, mitgeholfen, «dass die Nationalsozialisten ihre Ziele erreichen konnten» (S. 172). Die Grenzschiessung vom Sommer 1942 hatten massive Zurückweisungen zur Folge – die UEK spricht von «über 20'000 Flüchtlingen» (S. 120) – und eine grosse Zahl dieser Betroffenen waren Juden.

Auch Saul Friedländers Eltern, Elli und Jan Friedländer, gehörten dazu. Sie hatten den kleinen Paul, wie er damals noch hiess, in einem französischen Internat als Katholik versteckt und versuchten im Herbst 1942 beim Bergdorf Novel am Lac Léman die Schweizer Grenze zu überqueren. Dort wurden sie am 30. September verhaftet und von Schweizer Beamten bei St. Gingolph direkt an die Deutschen überstellt. Daraufhin wurden sie via Rivesaltes nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Saul Friedländer hat diese Geschichte 1978 in einem ergreifenden Buch «Quand vient le souvenir» (auf Deutsch: «Wenn die Erinnerung kommt») dokumentiert. Er besuchte 1977 das Hotel Grammont in Novel und erhielt dort Zugang zu einem Bericht einer Augenzeugin, einer Madame Francken, die damals im Dorf wohnte und die über die Rückweisung einer Gruppe von Jüdinnen und Juden geschrieben hatte. Unter anderem hielt sie Folgendes fest (ich zitiere aus dem Bericht): «Sergant Arrettaz von Saint-Gingolph tat dies übrigens mit sadistischer Freude und brachte es so zu trauriger Berühmtheit, während sein Kollege (der Zollbeamte) sich versteckt hielt, um nicht den grausamen Anblick all derer ertragen zu müssen, die direkt an der Grenze der Miliz ausgeliefert wurden. Zwei dieser unglücklichen Menschen haben sich am

selben Tag auf der Brücke die Pulsadern aufgeschnitten, und eine Frau (wir haben gesehen, wie sie auf der Haut de Morges verfolgt wurde) hat sich aus dem Fenster ihres im dritten Stock gelegenen Hotelzimmers in Saint-Gingolph gestürzt...» (S. 93f.)

Mit solchen Ereignissen wollte die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg nichts zu tun haben. Erleichterung, «noch einmal davon gekommen zu sein» paart sich mit Unschuldspose. Es dominierten eine Reduitmentalität und eine selbstgerechte Abwehrhaltung. Das Land baute ein geistiges Schutzdispositiv auf. Die Aktivdienstgeneration legte sich ein heroisches Selbstbild zurecht und reagierte indigniert auf Kritik jener, die «nicht dabei gewesen» waren. Das herrschende Selbstbild entsprach nicht einfach «Erinnerungen», sondern war eher Artefakt einer gezielten Vergangenheitspolitik. Wer sich die 555 Video-Interviews, welche im Projekt «Archimob» zwischen 1999-2001 aufgezeichnet wurden, ansieht, bemerkt wenig von dieser kompakt geschönten Erinnerung. Sie oder er kann vielmehr ganz unterschiedliche Lebenserfahrungen nachvollziehen. Doch die Ideologie der neutralen Schweiz, die sich nichts zuschulden kommen liess, war wirksam und während des Kalten Krieges ein staatspolitischer Stabilitätsgarant, mit dem die Schweiz sich gegen Forderungen und Entwicklungen von aussen abschottete.

III.

Auch im Ausland gab es Verdrängungen; in Deutschland wurde der Holocaust erst seit Anfang der 1960er Jahre mit dem Eichmannprozess in Jerusalem und mit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen zum Thema. Doch hierzulande besonders starke Blockaden. Dazu drei Beispiele:

Bsp.1: Nachrichtenlose Vermögen. Diese kamen zustande, weil viele Jüdinnen und Juden versucht haben, einen Teil ihrer – im Durchschnitt eher kleinen Vermögen – auf Schweizer Banken in Sicherheit zu bringen. Solche Bankkonten blieben nach dem Holocaust stehen, weder Bankiers noch Behörden bemühten sich, sie zurückzuzahlen. Jüdische Familienmitglieder, die danach suchten, wurden mit Verweis auf das Schweizer Bankgeheimnis abgeschmettert. Es wurde z.B. gesagt, sie müssten halt schon einen Totenschein vorlegen, um die Rechtmässigkeit ihrer Forderung zu beweisen – wie wenn in Auschwitz Totenscheine ausgestellt worden wären! Einige Bankiers behaupteten, die Juden wollten einen Fischzug auf das schweizerische Volkseigentum unternehmen. 1962 wurde die internationale Kritik am Verhalten der Schweiz so laut, dass das Parlament einen sog. «Meldebeschluss» verabschiedete. Die Banken durften diese Untersuchung allerdings in sogenannter «Eigenverantwortung» durchführen, und 10 Jahre später wurde mitgeteilt, es sei eine geringe Summe an solchen nachrichtenlosen Vermögen entdeckt worden und die Sache sei damit erledigt. Als dann in den Jahren 1989/91 der Kalte Krieg mit der Implosion des Ostblocks zu Ende ging, kam das Problem selbstverständlich wieder auf den Tisch. Zum einen begannen Reparations- und Restitutionsfragen in den 1990er Jahren generell und weltweit eine grössere Rolle als zuvor zu spielen, zum anderen konnten nun bisher immobilisierte Menschen aus Ostblockländern reisen und ihre Geschichte erzählen. So kam es zu einer anschwellenden Kritik gegen Schweizer Banken, die sich zunächst arrogant-abwehrend verhielten, bevor es plötzlich zu spät war. Ende 1996 befand sich der schweizerische Bundesstaat angesichts einer veritablen Lawine substanzieller Vorwürfe im Krisenmodus; das

Parlament beschloss einstimmig, eine «Unabhängige Expertenkommission Schweiz Zweiter Weltkrieg» einzurichten. Alsbald nahm die neuköpfige Kommission, nach ihrem Präsidenten Jean-François Bergier auch «Bergier-Kommission» genannt, die Arbeit auf. Sie stellte Dutzende von qualifizierten Historikerinnen und Historikern ein, beauftragte Juristen mit Gutachten und lieferte 5 Jahre darauf ihren Bericht ab insgesamt 11'000 Seiten in 24 Einzelstudien, dazu eine 600-seitige Synthese. Über die inhaltlichen Ergebnisse der Kommission kann ich hier nicht berichten, ich möchte nur festhalten, dass Zeitzeugen wie Saul Friedländer und Wladislaw Bartoszewski, der ebenfalls Mitglied der Kommission war, verständnislos dasassen, wenn selbsternannte «Aktivdienstler» bei Pressekonferenzen die Forschungsergebnisse der Kommission angriffen und darauf bestanden, sie wüssten es besser, weil sie «dabei gewesen» seien. Gegenläufig zur Aufrüstung der helvetische Nationalmythologie klang in den Nullerjahren das Interesse an soliden Forschungsergebnissen ab. Der UEK-Bericht wurde nach seinem Erscheinen einfach stillgelegt.

Bsp. 2: Sammlung Bührle. Kein Wunder, dass die Rolle der Schweiz als zentrale Handels- und Dienstleistungsdrehscheibe im nationalsozialistischen Kunstraub, die in der UEK-Studie «Fluchtgut-Raubgut» beschrieben ist, ebenfalls verdrängt wurde. Zwar hat sich die Schweiz im Abkommen von Washington 1998, das eine wissenschaftlich fundierte Provenienzforschung sowie und Restitutionsforderungen mit Blick auf «faire und gerechte Lösungen» anregte, beteiligt. Doch wurde – im Unterschied zu umliegenden Ländern – kein nationales Gremium für strittige Fälle eingerichtet. Als man 2013 in Bern (Gurlitt-Sammlung) und daraufhin auch in Basel (Glaser-Sammlung) in Übereinstimmung mit den *Washingtoner Principles* neue ethische Standards für öffentliche Kunstsammlungen nicht nur einführte, sondern sie auch praktizierte, ging das völlig an Zürich völlig vorbei. In der Limmatstadt gab es eine besonders starke Lernresistenz. Das augenöffnende «Schwarzbuch Bührle» von 2015 wurde öffentlich kaum zur Kenntnis genommen. Die private Stiftung «Sammlung E.G. Bührle» währte sich auf der «sicheren Seite» und wies Kritik zurück. Die Einsicht, dass NS-verfolgungsbedingter Vermögensentzug bis heute ein ungelöstes Problem ist, kam deshalb erst letztes Jahr in den verantwortlichen Köpfen an und wird nun hoffentlich ernst genommen.

Bsp. 3: Denkmäler und Mahnmale. Der Basler Historiker Gabriel Heim (tachles 22. Jan. 2021, S. 12) schrieb dazu: «Auch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt sich die offizielle Schweiz weiterhin als weisser Fleck auf der Weltkarte der nationalen Gedenkstätten». Es gibt in der Schweiz zwar über 50 Denkmäler, die an die Shoah erinnern, meist auf jüdischen Friedhöfen oder am Wegesrand, wie z.B. in Büren an der Aare (ehemaliges Interniertenlager) oder beim Gasthaus Waldegg in Girenbad, Zürich (Plakette im Gedenken an den Tenor Joseph Schmidt). Und bei Diepoldsau kann man eine Paul-Grüninger-Brücke überqueren und in St. Gallen einen nach ihm benannten Platz und ein Stadion besuchen. Doch diese Erinnerungszeichen sind wenig sichtbar. Mit der geringen Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen korrespondiert das Desinteresse für ein unübersehbares nationales Denkmal. Inzwischen gibt es ein Projekt für ein solches, das von einer initiativen Gruppe vorangetrieben wird und das bereits eine Debatte im Parlament ausgelöst hat. Aber es scheint zurzeit nicht so recht vom Fleck zu kommen.

IV.

Damit bin ich bei den Stolpersteinen. Faktisch handelt es sich um das weltweit grösste dezentrale Mahnmal, mit inzwischen über 90'000 Steinen in mehr als zwei Dutzend Ländern. Stolpersteine sind nicht nur Erinnerungszeichen, sondern auch private und öffentliche Kommunikationsereignisse. Seit es sie gibt, bricht die Diskussion über sie und über die Verbrechen, auf die sie verweisen, nicht mehr ab.

Stolpersteine sind ein Kunst- und ein Erinnerungsprojekt zugleich und sie sind mit dem Namen von Gunter Demnig verbunden. Der 1947 in Berlin geborene Demnig versteht sich als politischer Künstler – nicht parteipolitisch, sondern als jemand, der mit Kunst in öffentliche Debatten intervenieren will. Bekannt wurde Demnig mit «mobilen Plastiken», so mit dem 1980 unternommenen Versuch, mit «Duftmarken Cassel-Paris-Demnig» das «längste Kunstwerk der Welt» zu schaffen, dies in ironischer Umkehrung des Hanges zur Superlative. 1981 folgte eine «Blutspur» zwischen Kassel und Tate Gallery in London. Demnig hat sie auf einer langen Wanderung auf den Asphalt gezeichnet und dieses Motiv des Spurenlegens über weite Distanzen auch später variiert. Dabei geht es um einen spezifischen Kraftakt: Der Künstler involviert sich durch das Abschreiten von Strecken auf erschöpfende Weise körperlich in sein Werk. Weil so gezeichneten Spuren wieder verschwinden und das, was bleibt, die Erinnerung ist, hat sich Demnig in den 1980er Jahren verstärkt mit Sprache beschäftigt. So 1989 mit den in Ton gebrannte «Gesetzes tafeln», auf welchen der erste Artikel der Allgemeinen Menschenrechte von 1948 in 120 verschiedene Sprachen in internationaler phonetischer Lautschrift eingraviert waren. «Als es 1992/93 in Deutschland vermehrt zu rassistischen Übergriffen auf Ausländer kommt, greift Demnig diese Arbeit abermals auf, indem er Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf Werbeflächen im Kölner Stadtgebiet plakatiert.»

Kurz zuvor hatte Demnig 1990 die Kunstaktion «Mai 1940 – 1.000 Roma und Sinti» gestartet. Er zeichnete mit weisser Fassadenfarbe eine Kreidespur durch Kölner Innenstadt vom offiziellen Sammelplatz zum Deportationsbahnhof, von dem aus diese 1000 Opfer in die Vernichtungslager der NS abtransportiert worden waren. Bald stellte er Überlegungen an, wie die Spur dauerhaft gemacht werden könnte. Die Idee, sie an einigen Stellen im Kölner Stadtbild zu materialisieren, lag nahe. Die Wahl fiel auf Gehwegplatten von 40 x 40 cm, die ein auf Dauer gelegtes Kenntlichmachen des Itinerars der Deportation ermöglichten. Demnig erwähnt in einem Bericht ein Gespräch mit einer Passantin, die behauptete, es hätte in Köln überhaupt «keine Zigeuner im Quartier» gegeben. Die Geschichte dieser Menschen war also völlig ausgelöscht worden, auch im Gedächtnis. In diesem Moment tauchte die Idee für Stolpersteine auf. Demnig sagte dazu: «Wir konnte es passieren, dass so viele Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus systematisch ihren alltäglichen, nachbarschaftlichen Verhältnissen entrissen wurden, ohne dass dies auf den Protest und den Widerstand ihrer unmittelbaren Nachbarn stiess? Das Ziel der Stolpersteine ist es, dieser Menschen und ihrer individuellen Schicksale an den Orten zu gedenken, an denen diese Menschen einst zuhause waren.» (Diese und die meisten weiteren

Informationen zum Stolperstein-Projekt stammen aus einer Studie von Juliane Reil zur «historischen Gedächtnistheorie», 2018, hier S. 62).

Wieso also nicht für alle Opfer ein physisches Erinnerungszeichen setzen, und zwar da, wo sie gewohnt oder gearbeitet hatten? Demnig bezeichnete die Realisierung von sechs Millionen Stolpersteinen zunächst (ich zitiere Reil) «als ‘eine absurde Idee’, so dass er sie nur in dem Kunstband mit dem Titel ‘Grössenwahn. Kunstprojekte für Europa’, in dem nicht realisierbare Kunstprojekte vorgestellt werden, veröffentlichen lässt.» (S. 57) In diesem Band, der 1993 erschien, sind 94 Kunstprojekte aus 16 Ländern versammelt. Jack Lang, 1992/93 französischer Staatsminister für Bildung und Kultur, dankte im Vorwort allen Beteiligten, dass sie der Einladung nachgekommen sind, «um über Europa, diese immer neue Idee, die immer neu erörtert werden muss, nachzudenken – und von Europa zu träumen» («Grössenwahn», S. 17). Gunter Demnig eröffnet seine Projektvorstellung mit dem Satz: «Die deutsche Geschichte wird von einigen immer noch oder schon wieder geleugnet.» Sein Projekt: «Vor diesen bekannten und noch existierenden Häusern oder Adressen wird ein Pflasterstein entnommen und durch einen Stolperstein ersetzt: Betonguss mit einer Deckplatte aus Hartmessing (2mm).» Der «Ersatzstein» soll, so Demnig weiter, «im Trottoir vor den Häusern so verlegt (werden), dass die Bürger ihn nicht links liegen lassen können. Durch häufiges Begehen wird er immer wieder blank poliert und bleibt dadurch sichtbar und auffällig». Er wolle, so der kurze Text im Buch weiter, «nicht in der Vergangenheit stehenbleiben, sondern auch gegenwärtige Gewalttaten erfassen». (S. 61)

V.

Nach der Veröffentlichung des Ideenkatalogs machte sich Gunter Demnig Gedanken über Umsetzung seines ja keineswegs «grössenwahnsinnigen» Projekts. Kurt Pick, Pfarrer der Kölner Antoniter Gemeinde, schlug «klein anfangen» vor. 1994 wurde in der Antoniter Kirche eine Ausstellung eröffnet, die den Auftakt zur Verlegung der ersten 250 Stolpersteine markiert. In den ausgehenden 1990er Jahren erfolgte die Verlegung dieser Steine durchwegs noch ohne behördliche Bewilligung. Erst 2000 erhielt Demnig in Berlin und Köln eine offizielle Erlaubnis. Neuer Impuls, stupende Dynamik und es wurden Jahr für Jahr Tausende dieser Steine für Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes gelegt, vor allem für Jüdinnen und Juden, aber auch für Sinti, Roma, Zeugen Jehovas, für geistig und bzw. oder körperlich behinderte Personen, Homosexuelle und politisch Andersdenkende. Grundanliegen war es, diesen in den KZ und Vernichtungslagern auf Nummern reduzierten Menschen ihren Namen wiedergeben, auf ihre individuellen Schicksale aufmerksam machen. Es gelte, wie Demnig erklärte, «Erinnerung ganz konkret in unseren Alltag (zu) holen». (S. 63; hier und im Weiteren wird wieder auf das erwähnte Buch von Juliane Reil verwiesen). Die Wahl des Metalls erfolgte pragmatisch. Messing ist gut geeignet, es ist günstig, leicht bearbeitbar, widerstandsfähig und hält vielfältigen Beanspruchungen stand. Wichtig war und ist die aktive Beteiligung durch regionale, lokale Gruppen, welche Vorschläge einbringen und die Dokumentation erstellen. Demnig, der sich bei den Steinverlegungen selbst hinkniete und mit Zementkessel und Handschaufel die «Tiefbauarbeit» ausführte, unterstützte auch deshalb immer kostengünstige Verfahren, um die Unabhängigkeit des

Projekts von öffentlichen Geldern gewährleistet (S. 65). Ein signifikantes Detail: 2011 stufte das Kölner Finanzamt Stolpersteine nicht mehr als Kunstwerk, sondern als 'fabrikmässig hergestellte Hinweisschilder' ein, die mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden. Nachträglich wäre damit eine Nachzahlung von 150'000 Euro fällig geworden. Es kam zu Protesten gegen diese bürokratische Behinderung eines dynamischen Projekts und nach nochmaliger Prüfung wurden Stolpersteine erneut als «Gesamtkunstwerk» gesehen (mit einem Steuersatz von 7 Prozent) (S. 66)

Der Begriff Stolpersteine verweist auf das Performative und Kommunikative. Effekt des Ungewohnten, das Irritation und Neugier verursachen kann. Sich beugen, um zu lesen, was wiederum die Aufmerksamkeit anderer Passanten auf die Steine lenkt. Charakter einer «sozialen Skulptur». Inzwischen findet die Konzeptmetapher des Stolperns auch in der Literaturwissenschaft Resonanz, worauf ich hier nicht eingehen kann. Erwähnt sei nur die Studie von Jasmin Wrobel: *Topografien des 20. Jahrhunderts. Die memoriale Poetik des Stolperns in Haroldo de Campos' Galáxias*. Berlin: De Gruyter, 2020.

Mit der Ausdehnung des Projekts über ganz Europa wurde die Schweiz zur Stolperstein-Insel. Oder drohte zumindest das zu werden. Zwar waren 2003 in Kreuzlingen und Tägerwilen drei Steine gesetzt worden, jedoch auf Initiative der deutschen Gruppe «Stolpersteine für Konstanz». Hierzulande wurde das kaum wahrgenommen. 2019 formierte sich in Zürich eine Gruppe, die 2020 den Verein «Stolpersteine Schweiz» gründete, mit der Website www.stolpersteine.ch. Inzwischen (Stand Mitte September 2022) wurden in Zürich, Basel und Winterthur insgesamt 31 Stolpersteine, neben den drei erwähnten in der Ostschweiz 16 in der Stadt Zürich, 3 in Winterthur und 9 in der Stadt Basel gesetzt. In Riehen wurde für 13 nicht identifizierbare an der Grenze zurückgewiesene Jüdinnen und Juden eine Stolperschwelle gelegt.

Auf dieser Stolperschwelle, die auch einen allgemeinen Text enthält, ist zu lesen, dass die Schweiz «über 30'000 Menschen, die in ihrer Not in der Schweiz Rettung suchten und um Asyl gebeten hatten» zurückwies. «Die Schweiz trägt eine Mitschuld an ihrem Schicksal.» Genau darum geht es, wenn heute in der Schweiz Stolpersteine gesetzt werden. Wie das Buch «Die Schweizer KZ-Häftlinge» der drei Journalisten Balz Spörri, René Staubli und Benno Tuchschnid 2019 erstmals in der ganzen Breite zeigte, waren Hunderte von Schweizerinnen und Schweizer, aber auch in der Schweiz geborene und aufgewachsene Menschen, durch das NS-Schreckensregime direkt betroffen. Die Behörden haben in vielen, ja den meisten Fällen, ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und diese Menschen ihrem Schicksal überantwortet.

VI.

Soweit einige Ausführungen zum Projekt «Stolpersteine Schweiz». Dieses fügt sich ein in die einleitend geschilderte, seit der Zeit des Nationalsozialismus andauernde Problematik eines angemessenen Umgangs mit der Vergangenheit und es wirft einige grundlegende Fragen der Erinnerungskultur auf. Dazu möchte abschliessend ganz kurz drei Punkte festhalten.

Erstens ist Erinnerungskultur nicht etwas, was ein einfach gib. Sie muss immer wieder aktiv hergestellt und über Geschichten, Praktiken und materielle Zeichen auf Dauer gestellt werden. Erinnerung ist somit durchaus konfliktreiche «Arbeit am Selbstbild». Es handelt sich um eine spezifische Fähigkeit, über das geschärfte Sensorium für die Vergangenheit auch in die Zukunft zu blicken.

Zweitens lässt sich die Frage, was erinnert werden soll, umkehren: Was darf nicht vergessen gehen? Diese Frage ist heute besonders wichtig, weil mit dem 21. Jahrhundert die Zeit begonnen hat, in die meisten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die vom Geschehenen direkt berichten konnten, gestorben sind. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass die Vereinten Nationen 2005 einen jährlichen *International Holocaust Remembrance Day* eingeführt haben. Dieser fällt auf den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau.

Drittens ist Erinnern, so sehr es persönlich gestaltet wird und unverkennbar individuelle Färbungen aufweist, auch immer politisch. Persönliches Erinnern, Gedächtnisrituale einzelner sozialer Gruppen oder Familien und die offizielle «Erinnerung» wie sie durch Staaten forciert wird, können weit auseinanderklaffen. In den vergangenen Jahren haben die vergangenheitspolitischen Machenschaften der Macht eine unheimliche Wucht entfaltet. Weltweit legen sich Machthaber die Vergangenheit nach eigenem Gusto zurecht und rechtfertigen damit ihre imperialen Projekte, ihre reaktionäre Politik und – wie der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine schlagend zeigt – ihre Gewalttaten. Gegen dieses morbide «Gedächtnismanagement» von Vaterländern und Machtstaaten hilft eine Erinnerungsarbeit, die sich in engem Austausch mit der historischen Forschung für die Schicksale von Menschen interessiert, die als Opfer unsere Anerkennung verdienen. Das ist auch das Anliegen der «Stolpersteine».